



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/4020

A09

23. Oktober 2020

Seite 1 von 9

Telefon 0211 871-2976

Telefax 0211 871-3355

für die Mitglieder des Innenausschusses

Haushaltsplanentwurf 2021 - Einzelplan 03

Schriftlicher Bericht zu Einführung in den Einzelplan 03

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

als Anlage übersende ich Ihnen einen Einführungsbericht zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2021 des Einzelplans 03 des Ministeriums des Innern im Innenausschuss.

Hinweisen möchte ich zudem auf den dem Landtag zugegangenen Erläuterungsband zum Einzelplan 03 mit weitergehenden und zusätzlichen Informationen.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:

Friedrichstr. 62-80

40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:

Fürstenwall 129

40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01

Telefax 0211 871-3355

poststelle@im.nrw.de

www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:

Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83

Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Einführungsbericht
zur Einbringung des Einzelplans 03 des Haushaltsplans 2021
im Innenausschuss am 29. Oktober 2020**

I. Wesentliche Inhalte des Haushaltsplanentwurfs 2021

Die Stärkung der Inneren Sicherheit ist und bleibt ein Schwerpunkt dieser Landesregierung. Durch den Haushaltsplanentwurf 2021 wird dieser Kurs konsequent fortgesetzt.

Mit rund 6,4 Mrd. EUR steigt das Volumen des Haushalts 2021 des Innenressorts gegenüber dem Haushalt 2020 um knapp 215 Mio. EUR an.

Die Ansatzserhöhung dient vor allem dazu, in das Personal der Polizei zu investieren. Durch die damit einhergehende personelle Aufstockung bringt die Landesregierung mehr Polizei auf die Straße. 785 Übernahmepanstellen für geprüfte Kommissarinnen und Kommissare stehen bereit. 2.760 Kommissaranwärterinnen und -anwärter werden ihre Ausbildung beginnen. Gleichzeitig wird in Schwerpunktbereichen wie der Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität durch 105 zusätzliche Spezialistinnen und Spezialisten personell aufgerüstet, um die wachsenden Anforderungen in beiden Bereichen bewältigen und die entsprechenden Delikte effizient ahnden zu können. Zum Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der besseren Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus erhält der Staatsschutz 80 neue Stellen. Ferner wird der operative Dienst durch 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte im polizeilichen Verwaltungsdienst entlastet.

Im Ministerium werden der Verfassungsschutz, die Geheimschutzbeauftragte, die Innere Sicherheit sowie die Informationssicherheit durch zusätzliche (Plan-)Stellen und Mittel verstärkt.

Zur qualifizierten Aus- und Fortbildung des neuen Personals erhalten die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) sowie das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personal der Polizei zusätzliche Mittel, Planstellen und Stellen. Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Landesverwaltung wurde an der HSPV zudem der Studiengang „Verwaltungsinformatik (B. A.)“ eingerichtet. Auch dafür erhält die HSPV zusätzliche Mittel und (Plan-) Stellen.

Die Bezirksregierungen erhalten im Saldo 222 neue Personal(plan-)stellen. Damit werden unter anderem Verwaltungsverfahren beschleunigt,



die Zentrale Anerkennungsbehörde für Gesundheitsberufe bei der Bezirksregierung Münster personell ausgestattet und die Offensive „Digitale Bildung NRW“ vorangetrieben.

Beim Institut der Feuerwehr (IdF) werden zusätzliche Mittel und (Plan-) Stellen bereitgestellt, um die steigende Nachfrage nach Lehrgängen und Seminaren bedienen zu können.

Insgesamt werden im Haushaltsjahr 2021 2.074 (Plan-)Stellen neu eingerichtet (Saldo: +1.494), hiervon 1.626 bei der Polizei (Saldo: +1.075).

II. Veränderungen im Einzelnen

Die relevanten haushaltsmäßigen Veränderungen sehen im Einzelnen wie folgt aus:

1. Kapitel 03 010 Ministerium

Im Ministerium werden 100 neue Planstellen und 37 neue Stellen geschaffen. Davon sind unter anderem 10 (Plan-)Stellen zur Stärkung der Inneren Sicherheit, 30 zur Stärkung des Verfassungsschutzes und der Geheimschutzbeauftragten, 23 für die Digitalisierung und die Stärkung der Informationssicherheit im Ministerium sowie 17 für die Verbesserung der Informationssicherheit im Geschäftsbereich vorgesehen. Ferner werden 30 neue Stellen zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten eingerichtet.

Die Einnahmen steigen insbesondere aufgrund der Veranschlagung der Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 um ca. 19 Mio. EUR.

Die Sachausgaben des Ministeriums steigen um ca. 32,4 Mio. EUR, insbesondere aufgrund der Erstattungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 in Höhe von knapp 19 Mio. EUR. Höhere Ansätze u.a. für Investitionen und Beschaffungen im IT Bereich, Ausgaben für die gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder in Sachsen-Anhalt aufgrund der Ratifizierung des Glücksspielstaatsvertrages, Investitionen u.a. im Bereich des Verfassungsschutzes zur Extremismusbekämpfung sowie der weitere Ausbau des Präventionsprogramms Jugendkriminalität „Kurve kriegen“ führen zu einem weiteren Ausgabenanstieg.



2. Kapitel 03 110 Polizei

Seite 4 von 9

Bei der Polizei werden **1.626** neue, dringend benötigte **Planstellen und Stellen** geschaffen. Darunter sind

- 785 Planstellen zur Übernahme geprüfter Kommissarinnen und Kommissare
- 500 Stellen für Regierungsbeschäftigte zur Entlastung von Polizeivollzugspersonal von Verwaltungsaufgaben
- Neue Stellen für zusätzliche Spezialistinnen und Spezialisten, die die Bereiche „Terrorbekämpfung“ (55), „Bekämpfung von Kindesmissbrauch“ (46), „Digitale Asservate“ (30), „Verbesserung der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse des islamistischen- und Rechtsterrorismus“ (25), „Cyberkriminalitätsbekämpfung“ (17), Spezialtechnik sowie das Programm „Polizei 2020“ verstärken werden
- 154 neue (Plan-)Stellen, die als Konsequenz aus der Entscheidung zu Mehreinstellungen und -ausbildung bei der Polizei benötigt werden, darunter unter anderem Lehrpersonal und Polizeiarztlicher Dienst

Die neuen Stellen dienen neben der weiteren Verstärkung der genannten Schwerpunktbereiche auch dazu, kurzfristig die Präsenz unserer Polizei in der Öffentlichkeit weiter zu erhöhen.

Ferner werden die bereits im Haushalt 2019 auf 2.500 und im Haushalt 2020 auf 2.560 erhöhten jährlichen **Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter** auf **2.760** angehoben. Diese Maßnahme dient der dauerhaften Sicherung sowie perspektivisch der angesichts wachsender Aufgabenlast bei der Bekämpfung von Terrorismus, Cyberkriminalität und Kindesmissbrauch notwendigen Erhöhung der Personalstärke der Polizei.

Im **Sachhaushalt** stehen Mittel in Höhe von 836,6 Mio. EUR zur Verfügung.

Der Ansatz für Vorhaben im Bereich der **polizeilichen Liegenschaften** wird um rund 21,4 Mio. EUR erhöht, um dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen baulich abgängiger Gebäude, Neuanmietungen sowie die Neuausstattung von Dienststellen zu finanzieren.

Der Ansatz für den **Digitalfunk** steigt aufgrund weiterer Investitionen um 3,4 Mio. EUR.



Daneben investiert das Land weiterhin in das **Programm „Polizei 2020“**. Es zielt auf die Harmonisierung der IT-Lösungen der Polizeien des Bundes und der Länder und wird die länderübergreifende Kooperation verbessern. Hierfür entsteht ein Mehrbedarf in Höhe von 4,2 Mio. EUR.

Im Bereich der **Informations- und Kommunikationstechnik** werden differenzierte Anpassungen der Ansätze vorgenommen. So sinken die Ausgaben in den Bereichen Herstellungsbetreuung für den technischen Betrieb der Basisinfrastruktur (-6,5 Mio. EUR), Modernisierung polizeispezifischer Fachanwendungen (-7,3 Mio. EUR) sowie Softwarelizenzen (-6,1 Mio. EUR), da es sich hier um einmalig anfallende (Investitions-)Ausgaben handelte. Gleichzeitig wird jedoch der Ansatz für den Austausch und die Ergänzung polizeilicher Sondertechnik deutlich erhöht (+8,3 Mio. EUR).

Dagegen werden insbesondere die Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen sowie von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen um 21,5 Mio. EUR bzw. 15,2 Mio. EUR abgesenkt, nachdem die entsprechenden Investitionen getätigt wurden.

3. Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Bei den Bezirksregierungen werden mit dem Haushalt 2021 insgesamt 238 neue Planstellen und Stellen etatisiert. Die größten (Plan-)Stellenzuwächse erfolgen bei der Zentralen Anerkennungsbehörde für Gesundheitsberufe (48) sowie bei der Offensive „Digitale Bildung NRW“ (32). Darüber hinaus werden u.a. 21 zusätzliche (Plan-)Stellen für die Verwaltungsverfahrensbeschleunigung geschaffen. Dem gegenüber wurden 16 kw-Vermerke realisiert und die (Plan-)Stellen abgesetzt, so dass im Saldo 222 neue (Plan-)Stellen zur Verfügung stehen.

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Vorjahr um etwa 1,6 Mio. EUR gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Veränderungen:

- Steigende Auftragslage im Bereich der operativen Kampfmittelüberprüfung (+1,7 Mio. EUR)
- Die Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW steigen aufgrund von Sanierungsmaßnahmen und Indexierungen um 2,3 Mio. EUR



- Für die Anmietung und Einrichtung eines Ausreisegewahrsams Düsseldorf wird der Titel 518 65 um 2 Mio. EUR verstärkt
- Absenkung um 1,7 Mio. EUR aufgrund im Haushaltsjahr 2020 einmalig benötigter Haushaltsmittel für eine vorgenommene Ersatzvornahme im Zuge der Sanierung der Sickerwasserschächte der Sonderabfalldeponie Ochtrup im Haushaltsjahr 2020
- Aufgrund einer Verlagerung nach Kapitel 14 200 wird der Titel 511 90 (Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Datenverarbeitung) um ca. 1,7 Mio. EUR abgesenkt
- Minderansatz in Höhe von ca. 1,2 Mio. EUR aufgrund der erfolgten Beschaffung einer Haftraumkommunikationsanlage in der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige Büren im Haushaltsjahr 2020

4. Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

An der HSPV werden im Saldo 51 neue Planstellen und Stellen für Lehre und Verwaltung bereitgestellt.

Dies ist zum einen unmittelbare Folge aus der Entscheidung zu Mehreinstellungen von Anwärterinnen und Anwärtern bei den Ausbildungsbehörden, insbesondere aus der erneuten Aufstockung der Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf 2.760. Mit 27 neuen (Plan-)Stellen wird der erhöhte Aufwand der steigenden Studierendenzahlen aus den letzten Jahren nachvollzogen. Davon werden zwei Planstellen durch Absetzungen kompensiert.

Zum anderen werden weitere 24 (Plan-)Stellen im Zuge der Einrichtung des neuen Studiengangs „Verwaltungsinformatik (B. A.)“ geschaffen. Parallel dazu steigen auch die Sachausgaben der HSPV, um die notwendige Ausstattung zu beschaffen.

5. Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Die Ausgaben im Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung sinken um insgesamt etwa 10,6 Mio. EUR. Grund hierfür sind insbesondere um ca. 7,9 Mio. EUR geringere Landeszuschüsse an die Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung. Die Absenkung ist auf den erhöhten Zuschussbedarf des Instituts der Feuerwehr zurückzuführen, da



dort umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen eingeplant wurden. Für den Haushaltsvollzug wird jedoch faktisch mit Zuschüssen in Höhe von rund 39 Mio. EUR geplant, sodass den Begünstigten keine Einbußen entstehen. Der Differenzbetrag wird durch verfügbare Ausgabereste getragen.

Ferner sinkt der Ansatz für die Datenverarbeitung um 1,7 Mio. EUR (davon werden jedoch 1,1 Mio. EUR für das satellitengestützte modulare Warnsystem (MoWas) in einen anderen Titel verlagert). Aufgrund der Corona bedingten Verschiebung des Katastrophenschutzstages NRW kommt es zu Minderansätzen von weiteren 1,4 Mio. EUR.

6. Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW

Für das Institut der Feuerwehr NRW (IdF) werden 16 neue Planstellen und Stellen eingerichtet. Neun Planstellen sind für den Aufbau eines Standortes zur Kapazitätserweiterung vorgesehen. Die weiteren fünf Planstellen sind für die Kfz-Beschaffung, die Freistellung für PR/SBV/GSB, die Umsetzung eines prüfungsfreien Aufstiegs gemäß § 14 LVOFeu sowie die Personal-/Vergabestelle vorgesehen. Die zwei zusätzlichen Tarifstellen sind für den IT-Bereich und eine Küchenhilfskraft eingeplant.

Die Sachausgaben des IdF erhöhen sich um 11,8 Mio. EUR. Hintergrund ist der Kapazitätsausbau des IdF, um die steigende Lehrgangs- und Seminarnachfrage bedienen zu können. So sind 3,8 Mio. EUR für den Bau eines dezentralen Trainingsgeländes vorgesehen. Für bestandserhaltende Maßnahmen und Sanierungen an den Standorten Münster und Telgte werden 2,8 Mio. EUR zusätzlich veranschlagt. Ferner werden 1,6 Mio. EUR mehr für externe Fortbildungsveranstaltungen angesetzt. 1,8 Mio. EUR mehr als im Vorjahr sind für die mit der Steigerung des Lehrangebots am IdF verbundenen personellen und materiellen Ressourcen im Rahmen der Kapazitätserweiterung eingeplant. Für den Erwerb von Technik, Software und Ausstattung werden 1,1 Mio. EUR Mehrausgaben geplant.

7. Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Die Sachausgaben sinken deutlich um 4,1 Mio. EUR, da die dringend erforderliche Sanierung mehrerer Gebäude der Liegenschaft in Münster



Hiltrup nicht wie ursprünglich geplant vorgenommen werden kann. Notwendig ist stattdessen ein Neubau mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 8,9 Mio. EUR. Im Haushaltsjahr 2021 soll jedoch zunächst nur die Planung einschließlich einer Kostenberechnung finanziert werden.

8. Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Zur Erhöhung der Qualität der Lehre sowie aufgrund der Erhöhung der Einstellungszahlen werden im Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen zwei neue Planstellen zur Einstellung hauptamtlicher Lehrender ausgebracht. Eine zusätzliche Stelle wird aus dem Kapitel 03 010 (Ministerialkapitel) zur Beschäftigung von Flüchtlingen in der Landesverwaltung verlagert.

Bei der Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern NRW werden im Haushaltsjahr 2021 eine neue Planstelle und eine neue Stelle für Querschnittsaufgaben ausgebracht.

9. Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Im Haushaltsvollzug wird 2021 wie bereits 2020 eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,75 Mio. EUR zu erbringen sein.



III. Kapitelübersicht

In der folgenden tabellarischen Übersicht sind die veranschlagten Ausgaben der einzelnen Kapitel noch einmal zusammengefasst dargestellt:

Kapi- tel	Bezeichnung	Ansatz 2021 in EUR	Ansatz 2020 in EUR	Differenz 2021 zu 2020 in EUR
Gesamtausgaben EPL 03		6.417.508.900	6.202.739.200	+214.769.700
03 010	Ministerium	200.128.100	162.574.100	+37.554.000
03 020	Allgemeine Bewilligung	-33.316.800	-33.316.800	-
03 110	Polizei	3.688.011.400	3.635.474.700	+52.536.700
03 130	Deutsche Hochschule der Polizei	16.639.400	20.756.800	-4.117.400
03 310	Fünf Bezirksregierungen	703.726.900	685.393.200	+18.333.700
03 320	Aus- und Fortbildungsein- richtungen des IM NRW	17.599.500	17.015.100	+584.400
03 350	Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung	78.216.100	72.011.200	+6.204.900
03 710	Feuerschutz und Hilfelei- stung	67.893.600	78.453.000	-10.559.400
03 750	Institut der Feuerwehr NRW Münster	37.890.400	25.020.000	+12.870.400
03 810	Geldrenten nach dem Bun- desentschädigungsgesetz...	34.193.900	34.989.500	-795.600
03 900	Versorgung	239.863.800	233.964.000	+5.899.800
03 910	Versorgung Polizei	1.366.662.600	1.270.404.400	+96.258.200